



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 90. Ratssitzung vom 27. März 2024

3019. 2023/239

Weisung vom 24.05.2023:

Dringliches Postulat der SP- und Grüne-Fraktionen sowie der Parlamentsgruppe EVP betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen, Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht gemäss Beilage zum Dringlichen Postulat betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen (GR Nr. 2021/404) vom 9. Mai 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Das Dringliche Postulat, GR Nr. 2021/404, von den Fraktionen SP, Grüne und der Parlamentsgruppe EVP vom 6. Oktober 2021 betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen, wird als erledigt abgeschrieben.
3. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat unter Einbezug aller Interessenvertretungen eine Vorlage zur Ausgliederung des Stadtspitals Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausarbeitet.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Dispositivziffer 2:

Marion Schmid (SP): *Es scheint mir wichtig, vor der Debatte, in der wir unsere Differenzen betonen werden, darauf einzugehen, was alle Fraktionen vereint. Wir möchten alle das Beste für unser Stadtspital, wir sind stolz auf unser Stadtspital und froh um die gute medizinische Versorgung. Wir sind allen Mitarbeitenden, die sich Tag für Tag engagieren, dankbar und möchten ihnen auch in Zukunft einen guten Rahmen für ein starkes Spital bieten. Uneinig sind wir uns über den richtigen Weg. Die Weisung nimmt auf die Pläne des Stadtrats im Jahr 2017 Bezug, das Stadtspital in eine öffentlich-rechtliche Anstalt auszugliedern. Das Postulat stellt diese Pläne infrage und verlangt, dass geprüft*



wird, wie man dem Spital auch im Rahmen einer Dienstabteilung mehr Handlungsspielraum und bessere Rahmenbedingungen geben kann. Konkret fordert das Postulat eine Gegenüberstellung der Variante öffentlich-rechtliche Anstalt und der Variante Dienstabteilung mit erweitertem Handlungsspielraum. Der Bericht soll dem Gemeinderat eine Grundsatzdiskussion ermöglichen, damit in einem zweiten Schritt eine mehrheitsfähige Lösung erarbeitet werden kann. Der Stadtrat hat mit der vorliegenden Weisung den Bericht im Mai 2023 vorgelegt. In der Weisung beschreibt er den Erarbeitungsprozess und den Aufbau des 38-seitigen Berichts. In den Schlussfolgerungen beschreibt der Stadtrat, wo die Dienstabteilung an ihre Grenzen stösst. Das Stadtspital bewegt sich in einem Wettbewerb und hat damit andere Rahmenbedingungen als andere Dienstabteilungen. Entscheide erfolgen mit der parlamentarischen Organisation nicht stufengerecht. Der Prozess in der Verwaltung ist langsam. Alle Vorhaben, die in den Rat müssen, werden öffentlich und der wirtschaftliche Druck kann nur mit einer unternehmerischen Führung bewältigt werden. Gleichzeitig wird kritisiert, dass die Konzentration der Führungsverantwortung auf einer Person, nämlich dem Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments (GUD), kritisch ist. Die Frage nach Sonderregelungen, die diese Probleme lösen sollen, wird verneint, weil solche Sonderregelungen im Rahmen einer Dienstabteilung für die Stadtverwaltung fast nicht zu bewältigen sind. Der Bericht beschreibt, was bei einer Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt unverändert bleiben würde. Die Stadt bliebe Eigentümerin und die Aufsichtsrechte dieselben. Danach wird beschrieben, dass der Gemeinderat über die Gemeindeordnung und ein Anstaltserlass Vorgaben machen könnte. Zudem würden in einer Eigentümerstrategie die Einflussrechte und Steuerungsinstrumente des Gemeinderats festgelegt. Das können beispielsweise die Genehmigung einer Wahl des Spitalrats sein oder Limiten in den Finanzkompetenzen. Weiter könnten Vorgaben im Personalbereich oder Vorschriften zu Netto-Null gemacht werden. Ausserdem sind Vorgaben zu Leistungen von öffentlichem Interesse denkbar. Am Schluss der Weisung fasst der Stadtrat die wesentlichen Punkte zusammen. Das Spital bliebe Eigentum der Stadt, die demokratische Mitbestimmung und medizinische und pflegerische Qualität blieben gesichert, die Stadt bliebe attraktive Arbeitgeberin mit öffentlich-rechtlichem Spitalrecht. Was sich ändert: Mit einem Spitalrat hätte eine öffentlich-rechtliche Anstalt eine breite fachliche Expertise im obersten Führungsgremium. Es gäbe schnellere und kürzere Entscheidungswege sowie eine Vereinfachung von Kooperationen. Ausserdem würde eine Ausgliederung mehr Transparenz schaffen, weil eine öffentlich-rechtliche Anstalt eine eigene Rechnung hat. Aufgrund dieser Punkte sieht der Stadtrat die öffentlich-rechtliche Anstalt als massgeschneiderte Lösung und idealen Mittelweg zwischen Dienstabteilung und einer rein privatwirtschaftlichen Organisation. Deshalb beantragt der Stadtrat folgerichtig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, das Postulat GR Nr. 2021/404 abzuschreiben und zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, «dass der Stadtrat unter Einbezug aller Interessenvertretungen eine Vorlage zur Ausgliederung des Stadtspitals Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausarbeitet». Der Bericht wurde in der Kommission sehr ausführlich und kritisch diskutiert. Vor allem von jenen Fraktionen, die der Frage der Ausgliederung kritisch gegenüberstanden oder noch keine klare Haltung hatten. Es wurden mehr als 170 Fragen gestellt, die die Verwaltung sehr gewissenhaft und ausführlich beantwortet hat. Vor allem Marc Widmer und Tina



*Schleich, Mitarbeiterin des Rechtsdienstes, waren über viele Wochen Dauergäste in der Kommission. Die Diskussion hat gezeigt, dass die explizite Absicht des Postulats beziehungsweise des Berichts gleichzeitig auch eine grosse Schwäche ist: In der konkreten Ausgestaltung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist es möglich, fast alles festzulegen und sehr viele Kompetenzen bei den politischen Gremien zu belassen. Das ist gleichzeitig nicht die Idee. So steht es auch auf Seite 29 im Bericht: «Es ist zu berücksichtigen, dass die Verselbstständigung der Aufgabenerfüllung mit der Einräumung von Autonomie einhergeht, die nicht durch eine weitreichende Oberaufsicht durchkreuzt werden kann.» Deshalb hat die Kommission viel über das Dafür und Dawider diskutiert. Die Diskussionen waren ausführlich und oft auch differenzierter als hier im Rat. Trotzdem wurde sich die Kommission mit Ausnahme der Dispositivziffer 2 **nicht einig**.*

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Deborah Wettstein (FDP): *Der Bericht bietet eine fundierte Analyse verschiedener Varianten, um das Stadtspital für die Zukunft aufzustellen. Dem Bericht liegt eine sorgfältige Abklärung der städtischen Fachspezialisten zugrunde. Vor- und Nachteile verschiedener Optionen wurden zusammengetragen und übersichtlich dargestellt. In der Kommission wurde der Bericht einer detaillierten Prüfung unterzogen. Verwaltung, Spitalleitung und Stadtrat haben noch einmal hunderte Stunden an zusätzlichen Abklärungen getätigt. Politisch neutral, wie man es erwarten darf. Aus diesem Grund hat die Kommissionsmehrheit beschlossen, den Bericht so anzunehmen. Diese Arbeit und den Prozess mit einer Ablehnung zu würdigen, ist respektlos und realitätsverweigernd. Es ist keine grosse Überraschung, was der Bericht darlegt, weil in der Schweiz bereits Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten geführt werden. Der Bericht zeigt die klar überwiegenden Vorteile dieser Rechtsform auf. Er ist sachlich, korrekt und basiert auf den neusten Erkenntnissen. Er berücksichtigt alle relevanten ökonomischen, rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Erwägungen. Er ist plausibel, transparent und fair. Es ist bekannt, dass Rot-Grün kein Freund der Ausgliederung ist. Vielleicht verstehen auch nicht alle, weshalb es diese dringend braucht. Aber genau deshalb hat ihr eigenes, dringlich eingereichtes Postulat einen Bericht gefordert, der die Möglichkeiten analysieren soll. Dieser Bericht liegt jetzt vor und nur, weil die Antworten nicht gefallen, wird er abgelehnt. Das hat mit sachorientierter Politik nicht viel zu tun. Das nennt man trötzeln. Das Stadtspital gehört – gemessen an den Patientenzahlen – zu den Top 10 der grössten Spitäler in der Schweiz. Es ist grösser als viele Kantons- und Regionalspitäler, die grossmehrheitlich über eine moderne Organisationsform verfügen. Eine Organisationsform, die eine sinnvolle und zeitgemässe Zuweisung von Rollen und Verantwortlichkeiten vorsieht. Das Parlament gibt politische Rahmenbedingungen vor, die Regierung ist für die Aufsicht zuständig, der Spitalrat definiert die fachliche Strategie und die Direktion setzt diese Strategie um. Was heute in diesem Raum einmal mehr passiert, ist keine verantwortungsbewusste und zukunftsgerichtete Gesundheitspolitik. Eine moderne Gesundheitspolitik richtet sich an den Ergebnissen für Patienten aus – unter Berücksichtigung einer vernünftigen, effizienten und ressourcenbewussten Leistungserbringung. Das nennt man im Fachjargon «value based health care». Das Ziel ist nicht ein ideologisches Festhalten*



an den Organisationsformen, sondern die Förderung von mehr Qualität, Transparenz und Effizienz. Nur so profitieren am Schluss Patienten, Steuer- und Prämienzahlende. Unser Stadtspital braucht endlich faire Rahmenbedingungen, damit es in einem immer anspruchsvolleren Umfeld bestehen und weiterhin eine hohe Versorgungsqualität gewährleisten kann. Der Bericht zeigt den Weg auf, den der Rest der Schweiz in grosser Mehrheit schon lange gegangen ist. Die Mehrheit der Kommission stimmt für Fortschritt und Innovation im Dienste der Patientinnen und Patienten und der Gesellschaft. Für die Kommissionsmehrheit ist klar, dass ein grösserer Handlungsspielraum und eine höhere Flexibilität für das Stadtspital nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig sind. Nur so kann das Stadtspital auf die sich immer rascher ändernden Anforderungen im Gesundheitswesen angemessen reagieren – im Rahmen der demokratisch vorgegebenen Rahmenbedingungen. Das Stadtspital soll seine Rolle als modernes und effizientes Zentrumsspital weiter ausbauen können. Dafür braucht es die richtige Organisationsform.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Julia Hofstetter (Grüne): *Der Gemeinderat hat den Stadtrat beauftragt aufzuzeigen, wie das Stadtspital – unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat – einen grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum erhalten kann. Der Bericht zeigt auf, was der Stadtrat will. Er möchte die Auslagerung des Stadtspitals. Das wussten wir bereits. Wir bestellten keinen Bericht, in dem uns der Stadtrat seine Meinung verkauft. Wir haben den Bericht bestellt, damit wir verschiedene, sorgfältig ausgearbeitete Szenarien vergleichen und auf dieser Basis entscheiden können, was aus unserer Sicht das Richtige für das Stadtspital ist. Wir haben diesen Bericht verlangt, damit der Stadtrat sorgfältig und umfassend auslotet, was alles möglich ist. Mich hätten Antworten auf folgende Fragen interessiert: Wie könnte die Option einer Dienststelle PLUS aussehen? Wie könnte das Stadtspital als Dienststelle mehr operative Freiräume erhalten? Wie würde das Szenario aussehen, wenn der Gemeinderat der Dienststelle Stadtspital Leistungsaufträge geben könnte? Wie würde eine Rechtsgrundlage aussehen, die es ermöglicht, das Stadtspital für die städtischen Auflagen angemessen zu entschädigen? Wie könnte ein Fachgremium die politische Führung in strategischen Fragen unterstützen? Wie könnten die Finanzkompetenzen, die das Stadtspital betreffen, innerhalb einer Dienststelle vom Gemeinderat zum Stadtrat transferiert werden? Es gibt für das Stadtspital auch als Dienststelle viele Möglichkeiten. Keine dieser Möglichkeiten wurde im Bericht entwickelt und aufgezeigt. Indem wir den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen, drücken wir unsere Enttäuschung darüber aus, dass der Stadtrat die juristischen und strategischen Spielräume nicht genutzt hat, um einen ausgewogenen und umsichtigen Bericht zu entwickeln, der alle Möglichkeiten – auch jene innerhalb einer Dienststelle – aufzeigt.*



Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

David Ondraschek (Die Mitte): Ich referiere im Namen der Fraktionen SVP, FDP, GLP sowie Die Mitte/EVP. Die Kommissionsmehrheit möchte dem Stadtrat den Auftrag erteilen, eine Vorlage zur Ausgliederung des Stadtspitals Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt auszuarbeiten. Die genannten Fraktionen setzen sich für ein modernes Stadtspital als öffentlich-rechtliche Anstalt ein – für ein Stadtspital, das agil auf die aktuellen Herausforderungen reagieren kann. Die unzeitgemässe und risikobehaftete Form als Dienstabteilung einer Verwaltung mit einem alleinigen strategischen Entscheidungsträger lehnen wir ab. Das schweizerische Gesundheitssystem hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt und an Komplexität gewonnen. Die verringerte stationäre Aufenthaltsdauer, ein erhöhter Kostendruck und globalisierungsbedingte Herausforderungen wie die Coronapandemie zeigen dies exemplarisch. Diese sich ständig ändernden Kontexte erfordern die Möglichkeit, zeitnah strategische Stossrichtungen zu definieren. Einem Spitalrat als strategisches Organ mit Mitgliedern, die über einen breiten Leistungsausweis verfügen, und einer operativ tätigen Direktion ist das definitiv besser möglich, da sich auf beiden Seiten ausgewiesene Experten auf Augenhöhe begegnen. Der Gemeinderat hätte als übergeordnetes Aufsichtsgremium die Möglichkeit und Verantwortung, den Handlungsspielraum des Spitalrats festzulegen. Weiter könnte der Gemeinderat dem Stadtspital ergänzende Aufträge erteilen, die über den Leistungsauftrag hinausgehen. Diese würden dann auch in der Rechnungslegung separat ausgewiesen. Zu unserem Unverständnis setzt sich Links-Grün aber für eine Konservierung des Stadtspitals ein. Es soll weiterhin in Form einer städtischen Dienstabteilung bestehen bleiben – als einziges Spital der Schweiz. Somit ist es rechtlich anderen Dienstabteilungen wie zum Beispiel der Dienstabteilung Statistik gleichgestellt. Eine Folge davon ist, dass STR Andreas Hauri als einziger die Gesamtverantwortung für das Stadtspital trägt. Man stelle sich ein Unternehmen mit 4300 Angestellten vor, dessen Verwaltungsrat einzig und allein aus dem Präsidium besteht. Das wäre fahrlässig und aufgrund des Klumpenrisikos in keiner anderen Rechtsform zulässig. Gleichwohl will Links-Grün den Status quo beibehalten und lässt die Folgen für die Entwicklung des Stadtspitals ausser Acht. Die Direktion muss sich weiterhin im Korsett einer Dienstabteilung bewegen und der Gemeinderat muss sich weiterhin mit Themen beschäftigen, die Expertenwissen benötigen. Strategische Entscheidungen unter Risikoabwägung werden weiterhin von einer einzigen Person gefällt. Als öffentlich-rechtliche Anstalt hätte unser Stadtspital eine zeitgemässe Rechtsform, die austarierte Risikoentscheidungen zulässt und agil auf die sich stetig ändernden Herausforderungen des Gesundheitssystems eingehen kann. In einem komplexen System müssen wir einen angemessenen Entscheidungsfindungsprozess unter Berücksichtigung der Risiken sicherstellen. Bei der aktuellen Entscheidungsgewalt eines einzigen Stadtrats ist dies nicht gegeben. Es braucht einen Wandel.

Kommisionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Julia Hofstetter (Grüne): Für die städtische Gesundheitsversorgung soll die Politik geradestehen und die Verantwortung nicht delegieren. Die städtische Politik muss diese



Verantwortung gerade deshalb übernehmen, weil wir in einem Land leben, in dem es Lobbyisten gelingt, eine bürgerliche Gesundheitspolitik zu machen, in der die Krankenkassen immer mehr Macht erhalten und durch die Einführung von Wettbewerb und Fallpauschalen massiv auf dem Buckel des Gesundheitspersonals und der Qualität gespart wurde und wird. Das System mit den TARMED-Taxpunkten und den SwissDRG-Fallpauschalen verursacht zahlreiche Fehlanreize zur Über- und Unterversorgung. Auf Bundesebene haben nicht die Bedürfnisse der Patient*innen und das Gesundheitspersonal erste Priorität, sondern das Zufriedenstellen von Krankenkassenwünschen und eine Kostendiskussion, die sich von Qualitätsansprüchen immer weiter entfernt. Das Stadtspital muss in diesem Korsett einer fehlgeleiteten Kostenlogik agieren. Gerade deshalb muss das Stadtspital innerhalb dieses Systems ein Leuchtturm sein, der aufzeigt, wie Qualität funktioniert und wie demokratische Forderungen wie die Pflegeinitiative unkompliziert umgesetzt werden können. Linke Anliegen sind zum Beispiel eine soziale Finanzierung, eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen für das Personal im Gesundheitswesen. Diese Punkte wollen wir auf Stadtebene umgesetzt sehen. So haben die linken Parteien der Stadt Zürich im Jahr 2022 ein Programm zur Stärkung der Pflege gefordert. Seither haben die Lohnanpassungen, Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Mitsprache bei den Einsatzplänen und die vermehrte Selbstorganisation innerhalb von Teams bewirkt, dass offene Stellen besetzt, die Fluktuationsrate gesenkt und damit auch teure Temporäreinsätze eingespart wurden. Die Organisation des Stadtspitals Zürich als Dienststelle hat sich in vielerlei Hinsicht bewährt. Sie ermöglicht, dass die Stimmbevölkerung und der Gemeinderat über die strategische Stossrichtung des Stadtspitals entscheiden können und mittels Öffentlichkeitsprinzip über ein wirksames Instrument zur Kontrolle verfügen. Gerade weil das Stadtspital Zürich in einem Regelwerk kantonaler Bestimmungen und Vorgaben des Bundes agieren muss, braucht es lokale Unterstützung. Diese Unterstützung geben wir dem Stadtspital mit Überzeugung und einem klaren Ja zur Übernahme von Verantwortung für unser Stadtspital.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Die AL hat bereits vor drei Jahren bei der Behandlung des Postulats, das zu diesem Bericht geführt hat, davor gewarnt, dass der Bericht zu einem Lobgesang auf die Auslagerung verkommen könnte. Der Bericht wurde fast ein Jahr lang in der Kommission beraten. Wobei Beratung der falsche Begriff ist. Meistens fühlte es sich an, als ob der Stadtrat die rosarote Brille aufsetzt und uns erzählt, wie toll eine solche Auslagerung sei und dass sie alternativlos sei, weil alle anderen Spitäler auch ausgelagert sind. Anstatt die geforderte Gegenüberstellung zwischen einem Eigenwirtschaftsbetrieb und einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zu liefern, liest sich der Bericht wie eine Werbebroschüre für letzteres. Dass der Stadtrat eine solche Auslagerung will, ist seit Jahren bekannt und hat eine Stadträtin vor sechs Jahren im weitesten Sinne sogar das Amt gekostet. Ich bin gespannt, ob es in diesem Fall auch – zumindest zu einem Departementswechsel – kommen wird. Der Scherbenhaufen, den wir heute nach der Ratsdebatte hinterlassen werden, würde einen solchen Schritt zumindest rechtfertigen. Die



Auslagerungsstrategie ist nicht nur politisch, sondern vor allem auch inhaltlich gescheitert. Wiederholt wurde in der Kommission versucht, die angebliche Unabdingbarkeit dieser Auslagerung darzulegen. Überzeugt haben diese Argumente nie. Immer wieder hiess es, das Stadtspital sei eingeeengt oder man habe eine Kooperation nicht eingehen können oder einen Standort nicht realisieren können. Ein konkretes Beispiel, bei dem die Involvierung des Gemeinderats zu einer Benachteiligung geführt hat, konnte man in den monatelangen Beratungen nie darlegen. Stattdessen wurde ein hypothetischer Fall nach dem anderen erwähnt. Dem Stadtrat gefallen die Entscheidungen des Gemeinderats nichts. Deshalb will man die demokratischen Mitbestimmungsrechte des Gemeinderats und folglich auch der städtischen Bevölkerung massiv einschränken. STR Andreas Hauri wird Ihnen nachher erzählen, dass auch nach einer Auslagerung weiterhin Vorstösse zum Stadtspital möglich sein werden. Das ist nicht falsch. Aber er verschweigt, dass der Bereich, zu dem man Vorstösse einreichen kann, massiv eingeschränkt werden würde. Viele der Aufträge aus dem Rat wären mit einer Auslagerung kaum mehr möglich. Eine 35-Stunden-Woche, wie sie der Gemeinderat in einem Pilotprojekt gefordert hat, oder eine Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers wären mit einem Spitalrat kaum passiert. Ich bin deshalb froh, dass diese Auslagerung vorerst vom Tisch ist. Ich bin froh, dass heute die anderen linken Parteien unsere Ansichten teilen und einer antidemokratischen Idee eine Abfuhr erteilen, wie es die AL bereits von Anfang an zusammen mit der Gewerkschaft VPOD gefordert hat. Ich möchte noch in Erinnerung rufen, dass es genau jene Parteien sind, die eine Mehrheit im Stadtrat haben. Dass ein GLPler ein neoliberales Auslagerungsprojekt forciert, überrascht mich nicht. Dass aber eine nominell linke Stadtregierung dieses Projekt pusht, ist nicht nur enttäuschend, sondern geradezu entlarvend für eine fehlgeleitete Exekutivpolitik von SP und Grünen. Es ist Zeit, dass der Stadtrat endlich aufhört, dem Stadtspital eine völlig unnötige und ressourcenverschleissende Reorganisation vorzuschreiben. Stattdessen soll er sich um die eigentliche Aufgabe des Stadtspitals kümmern: die qualitativ hohe Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Der Gemeinderat hat und wird hoffentlich auch zukünftig Guidelines dafür geben können.

Dr. Frank Rühli (FDP): *Es geht nicht nur darum, dass wir über einen wichtigen Arbeitgeber und gesellschaftlich wichtigen Leistungserbringer und dessen Organisationsform diskutieren. Es geht auch um eine grundsätzliche Haltung, wie man mit Leistungen umgeht, die von der Öffentlichkeit oder Privaten erbracht werden. In den letzten beiden Voten wurde versucht, Dinge zu thematisieren, die gar nicht auf dem Spiel stehen. Eine Ausgliederung eines Stadtspitals in eine öffentlich-rechtliche Anstalt als Neoliberalismus zu bezeichnen, finde ich etwas gewagt. Auch das gesundheitspolitische populistische Statement der Sprecherin der Grünen, das Dinge durcheinanderbringt, die nur bedingt zusammenhängen, ist für mich nicht verständlich. Es geht nicht um eine Privatisierung und es geht nicht um eine Kritik am Stadtspital. Wir sind mit dem Stadtspital sehr zufrieden. Aber man muss klar sehen, dass wir heute schon grosse Probleme haben. Wir haben Probleme bei der Planung von Kooperationen, bei Personalentsendungen oder Beschaffungen von Grossgeräten. Ich glaube, die wenigsten in diesem Raum haben Erfahrung mit grossen gesundheitspolitischen Playern oder Institutionen. Ich werfe Ihnen*



nicht vor, dass sie diesen Herausforderungen nicht täglich begegnen. Aber vielleicht sollten Sie dann wenigstens auf Leute hören, die diese Erfahrung haben. Die Zeiten ändern sich. Im Gesundheitswesen ändern sie sich in den nächsten Jahren fundamental. Es geht um Flexibilität. Der Effizienzdruck wird zunehmen. Patientenwünsche ändern sich und es geht um Fachkräftemangel. Sie kennen diese Problematiken. Die öffentlich-rechtliche Anstalt erlaubt mehr strategische Mitsprache über den Anstaltserlass. Motionen und Postulate, die bisher eingebracht wurden, sind weiterhin möglich. Gemeinwirtschaftliche Leistungen sind besser und fairer abrechenbar. Damit wird der Kostendruck eher abnehmen. Es geht also nicht darum zu sparen, sondern um die Erhöhung der Ertragsseite. Auch die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, flexibel und schnell reagieren zu können. Eine optimale Aufgabenerfüllung braucht eine massgeschneiderte Autonomie. Es geht um entsprechende finanzielle Befugnisse – darum, dass man Leistungsvereinbarungen machen kann, einen Anstaltserlass hat oder eine Eigentümerstrategie. Als Folge davon sind Beteiligungen viel besser möglich. Diese werden in Zukunft extrem wichtig und brauchen eine gewisse Dynamik. Sehr viele Indikatoren weisen darauf hin, dass mehr Flexibilität und eine Professionalisierung zu Effizienz und letztlich auch zu besserer Qualität und Wirksamkeit der eingesetzten Mittel führen können. Apropos Arbeitsbedingungen: Haben Sie das Gefühl ein Unternehmen, eine Einheit oder Institution, die mehr Flexibilität hat, könne sich schlechtere Bedingungen erlauben, gerade in der heutigen Zeit mit dem Fachkräftemangel auf allen Stufen? Ihr Nein ist ein Zementieren der Steinzeit für das Stadtspital und eine Bankrotterklärung gegenüber der Dynamik und der kommenden Herausforderungen im Gesundheitswesen.

Walter Anken (SVP): *Theo Hauri hat im Jahr 2007 den ersten Vorstoss für die Ausgliederung der Stadtspitäler eingereicht. Er wusste schon damals, dass dieser Schritt dringend nötig ist. Das Stadtspital Zürich mit den beiden Standorten Triemli und Waid ist ein hochmodernes Zentrumspital und versorgungsrelevant für den Kanton und die Stadt. Rund 4300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzielen einen Umsatz von 680 Millionen Franken. Es handelt sich um einen komplexen Grossbetrieb. Um dem Stadtspital mehr unternehmerische Handlungsfreiheit zu geben, empfehlen der Stadtrat, die Spitalleitung und die Verwaltung dringend, das Spital aus dem Korsett einer Dienstabteilung zu entlassen und in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Genau dieses Rechtskleid ist für ein Stadtspital in vielerlei Hinsicht optimal und längst überfällig. Ein Spital von dieser Grösse heute als Dienstabteilung zu führen, ist alles andere als zeitgemäss und in der Schweiz einmalig. Warum? Der Vorsteher des GUD und der Gemeinderat werden in eine operative Rolle gedrängt, ohne dafür die nötige fachliche Kompetenz zu haben. Es fehlt dem Stadtspital an der dringend benötigten Flexibilität, um rasch auf sich verändernde Marktverhältnisse reagieren zu können. So muss der Gemeinderat beispielsweise über die Beschaffung medizinischer Geräte entscheiden, was zu zeitlichen Verzögerungen führt. Nicht besser ist die Tatsache, dass das Spital als Dienstabteilung finanziell deutlich schlechter dargestellt wird, als es in Wahrheit ist. Denn lange nicht alle intern erbrachten Leistungen können verrechnet werden. Das beeinflusst die immer noch zu hohen Fallkosten, die bei der Leistungsausschreibung zentral sind. Wegen der Öffentlichkeit der Gemeinderatsgeschäfte sind die anderen Spitäler zudem immer sofort*



über die Vorhaben des Stadtspitals informiert. Das schwächt die Position des Stadtspitals auf dem Markt. Besonders beunruhigend ist der Umstand, dass letztlich die ganze Verantwortung bei STR Andreas Hauri liegt. Das ist das Gegenteil einer modernen Führungsstruktur. Die linken Parteien wollen das Stadtspital unbedingt als Dienstabteilung behalten, damit der Steuerzahler mögliche Defizite weiterhin übernimmt. Sie befürchten, dass auf Kosten der Mitarbeiter gespart wird, sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern und dadurch die Qualität leidet. Das ist völlig unbegründete Angstmacherei. Kein einziges anderes Spital in der Schweiz ist heute noch eine Dienstabteilung. Würden diese Bedenken tatsächlich eintreffen, gäbe es diese Spitäler schon lange nicht mehr. Den Linken passt der Bericht nicht, deshalb lehnen sie die Ausgliederung ab. In der Kommission haben die Spitalleitung und die Juristin Tina Schleich immer wieder betont, welche Vielzahl an Regelungen in einem Anstaltserlass einer öffentlich-rechtlichen Anstalt festgehalten werden können. Der Anstaltserlass ist das wichtigste Steuerungsinstrument des Gemeinderats. Darin kann definiert werden, wie der Gemeinderat strategisch auf die Entwicklung des Spitals Einfluss nehmen kann. Damit wird das demokratische Mitbestimmungsrecht des Gemeinderats erhöht. Heute hat der Gemeinderat zur Strategie nichts zu sagen. Ein Spitalrat mit der nötigen Fachkompetenz würde das Spital führen. Es ist logisch, dass der Anstaltserlass so ausgestaltet sein muss, dass der Spitalrat und das Stadtspital auch den dringend benötigten Handlungsspielraum erhalten, sonst bringt die ganze Übung nichts. Die SVP bedauert sehr, dass die linken Parteien mit fadenscheinigen Argumenten und lupenreiner Angstmacherei bereits im Vorfeld eine mögliche Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt abwürgen. Obwohl sie genau wissen, dass der finale Entscheid über eine Veränderung des Rechtskleids beim Volk liegen wird. Links torpediert damit die erfolgreiche Zukunft des Stadtspitals.

Florine Angele (GLP): Die GLP hat einer Umwandlung des Stadtspitals in eine öffentlich-rechtliche Anlage schon immer zugestimmt. Aus unserer Sicht wäre der Bericht nicht einmal nötig gewesen. Trotzdem begrüßen wir den Bericht, weil er die Schwierigkeiten des Status quo und die Vorteile einer öffentlich-rechtlichen Anstalt aufzeigt. Wir lehnen die Kritik der linken Seite, dass der Bericht einseitig oder sogar manipuliert sei, ab. Wie Walter Anken (SVP) sagt, zeigt er einfach nicht das, was SP, AL und Grüne gerne gesehen hätten. Eigentlich kennt man die Angst vor dem Neuen oder einer Veränderung eher von einer anderen Partei, aber in diesem Fall sind es die links-grünen Parteien, die einem wichtigen Modernisierungsschritt des Stadtspitals im Weg stehen. Wir finden es bedauerlich, dass das Hirngespinnst einer Privatisierung der städtischen Gesundheit ohne politische Mitsprache herumschwirrt. Das ist völlig surreal. Aus Sicht der Grünliberalen bringt eine öffentlich-rechtliche Anstalt drei wichtige Vorteile: Erstens ist aktuell der Vorsitzende des GUD das oberste Führungsgremium des Stadtspitals. Das ist ein Risiko. Obwohl wir unserem eigenen Stadtrat sehr viel zutrauen, hat er nur eine politische Legitimation und keine fachliche. Ein Spitalrat könnte diese Verantwortung fachlich breit abstützen und somit das Risiko deutlich verringern. Zweitens wäre es wichtig, mehr Transparenz zu schaffen. Der Gemeinderat richtet über Vorstösse immer wieder Bestellungen ans Stadtspital. Diese Möglichkeit muss bestehen bleiben, aber



man muss sie finanziell abgrenzen können, damit dadurch nicht die Finanzen des Stadtspitals belastet werden. Dies ist aktuell leider nicht möglich. Zu guter Letzt ist es wichtig, zwischen der politischen Ebene – dem Stadtrat und dem Gemeinderat – und der unternehmerischen Ebene – dem Stadtspital – zu unterscheiden. Das Stadtspital ist ein hochkomplexes Unternehmen. Diese Unterscheidung wäre ein logischer und zeitgemässer Schritt.

Marion Schmid (SP): *Das Kernproblem des Stadtspitals ist nicht die Rechtsform, sondern das übergeordnete System. Es ist die Spitalpolitik und vor allem die Spitalfinanzierung, die bürgerlich geprägt ist. Die heutigen Tarife sind nicht kostendeckend. Das sage nicht ich, das sagt der VZK, der Verband der Zürcher Krankenhäuser. Das führt zu einem grossen Kostendruck, der wiederum dazu führt, dass beim Personal gespart wird, weil dort zwei Drittel der Kosten anfallen. Das führt zu schlechten Anstellungsbedingungen, zu einem verstärkten Fachkräftemangel, zu Einbussen in der Qualität, zu Schliessungen von Betten oder ganzen Abteilungen und zu Versorgungsengpässen. Das ist keine linke Angstmacherei. Das Unternehmen PwC veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht zur finanziellen Situation der Spitäler und im Bericht von diesem Jahr heisst es: «Es drohen der Kollaps von versorgungskritischen und nicht versorgungskritischen Spitalern.» Ihr Bürgerlichen nennt uns ideologisch und verkennt komplett, dass das bürgerliche System der Spitalpolitik mit Pseudowettbewerb und Sparwahn gescheitert ist. Angesichts dieser Rahmenbedingungen lautet für die SP die zentrale Frage, wie wir unser Stadtspital am besten schützen können. Eine zentrale Anforderung an eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, dass sie wirtschaftlich selbsttragend sein muss. Das ist mit den momentanen Tarifen nicht möglich. Das Stadtspital schreibt wie alle anderen Spitäler Defizite. Aktuell sind es jedes Jahr ungefähr 40 Millionen Franken, obwohl das Stadtspital betriebswirtschaftlich sehr gut arbeitet. Deshalb ist es sinnvoll und nötig, dass die Stadt die aktuelle Unterfinanzierung auffangen kann. Es geht nicht nur um die vorher angesprochenen Bestellungen, sondern auch um all jene Leistungen, die der Kanton mit den Leistungsaufträgen bestellt und nicht angemessen bezahlt. Natürlich wollen wir auch in Zukunft weitere Leistungen bestellen und über die Minimalleistungen des Kantons hinausgehen können. Wir wollen weiterhin innovative und zukunftsweisende Projekte umsetzen. Uns wurde in diesem Bericht immer gesagt, das sei nur mit einer Ausgliederung möglich. Das glauben wir nicht. Es kann nicht sein, dass sich dieses Problem im Rahmen einer Dienstabteilung nicht lösen lässt, dass man Leistungen, die in der Spitalfinanzierung nicht vorgesehen sind, nicht separat finanzieren kann. Aus unserer Sicht ist das ein internes Problem der Rechnungslegung. Wir fordern den Gesamtstadtrat auf, eine Lösung zu finden und werden weiterhin politischen Druck machen. Wir möchten, dass das Stadtspital mehr bietet als ein Minimalangebot. Wir möchten eine Gesundheitspolitik prägen, die dem entspricht, was wir uns wünschen und die mehr ist als die Leistungsaufträge des Kantons. Wir unterwerfen uns deshalb nicht dem Diktat in Bezug auf die Rechtsform, weil die öffentlich-rechtliche Anstalt kein Allheilmittel ist.*



Julia Hofstetter (Grüne): Die Grünen wollen ein Stadtspital, das funktioniert, mit guten Arbeitsbedingungen, in dem die Menschen gerne arbeiten. Wir wollen ein Gesundheitssystem für alle und für jede Lebensphase sowie ein Stadtspital, das die Klimaziele erfüllt. Wir wollen kein Stadtspital, in dem prekäre Arbeitsplätze an Subunternehmen ausgelagert werden. Die Grünen haben lange um die richtige Antwort gerungen. Während des Ringens haben wir innerhalb der Fraktion einen möglichen Auslagerungserlass für das Stadtspital entwickelt, diskutiert und Vieles wieder verworfen. Nach diesem langen Prozess können wir mit Überzeugung sagen: Die Organisationsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt ist für uns nicht die Lösung für die anstehenden Probleme. Mich irritiert, wie sich die Bürgerlichen aus diesem Prozess herausgenommen haben. Dabei wäre es spannend gewesen, wenn gerade die Bürgerlichen Verantwortung übernommen hätten, anstatt mit Worthülsen um sich zu schlagen oder uns, wie Dr. Frank Rühli (FDP), die Kompetenz abzusprechen. Sie sind es, die auf Bundes- und auf Kantonsebene an der Macht sind. Sie sollen dafür geradestehen, was Ihre Politik mit unserem Gesundheitssystem macht. Wieso Milliardär*innen gleich viel Prämien bezahlen müssen wie eine Pflegekraft und weshalb sie die privaten Krankenkassen mit immer mehr Macht über das Gesundheitssystem ausstatten wollen, während sich die Kantone aus der Planung und Sicherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung zurückziehen sollen. Mit unserer Entscheidung für das städtische Stadtspital wollen die Grünen das, wovor sich die Rechte drückt: Verantwortung übernehmen. Wir möchten, dass die Politik hinsteht, wenn etwas nicht gelingt. Wir möchten für das Stadtspital da sein. Die Politik muss führen. Das bedeutet aber nicht, dass der Gemeinderat über jedes MRI-Gerät entscheiden muss. Wenn der Gemeinderat als Legislative über solche Einzelanschaffungen entscheiden muss, umgekehrt aber wenig Einfluss auf die strategischen Stossrichtungen des Stadtspitals hat, ist das unbefriedigend. Wir möchten, dass der Stadtrat prüft, wie eine solche strategische Einflussnahme durch den Gemeinderat auf das Stadtspital als Dienststelle gestärkt und ein begleitendes Fachgremium eingesetzt werden kann. Ausserdem soll das Stadtspital den operativen Spielraum erhalten, den es für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Insbesondere sollen die Finanzkompetenzen, die das Stadtspital betreffen vom Gemeinderat zum Stadtrat transferiert werden. Der Stadtrat soll einen Vorschlag machen, wie die strategisch-operative Kompetenzverteilung für die Stadt Zürich und ihr Stadtspital gewinnbringend in der Form einer Dienststelle umgesetzt werden kann. Solche Vorschläge hätten wir gerne bereits im Bericht gesehen. Uns fehlt im Bericht auch die Ausarbeitung von Rechtsgrundlagen, die es ermöglicht hätten, das Stadtspital für die städtischen Auflagen angemessen zu entschädigen. Die aktuelle Spitalfinanzierung ist unzureichend, darüber herrscht breiter Konsens. Wir geben dem Stadtrat eine Reihe von Aufträgen, um eine wirksame Dienststelle PLUS zu etablieren. Die Organisation des Stadtspitals als Dienststelle hat sich bewährt und ermöglicht, dass die Stimmbevölkerung und der Gemeinderat mittels Öffentlichkeitsprinzip über ein wirksames Instrument für die Kontrolle verfügen. Wir verwechseln auch nicht die Privatisierung mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, aber wir möchten kein öffentliches Spital, das eine Firma spielt. Die Politik muss nahe am Spital sein.



Nadina Diday (SP): Die SP hat das Postulat Ende des Jahres 2021 eingereicht und den Stadtrat aufgefordert aufzuzeigen, wie man dem Stadtspital mehr unternehmerische Freiheiten geben kann und gleichzeitig die demokratische Mitbestimmung und Steuerung sicherstellen kann. Wir haben in diesem Postulat explizit gefordert, dass er das anhand der beiden Modelle öffentlich-rechtliche Anstalt und Dienstabteilung machen soll. Wir wollten diese Gegenüberstellung, um basierend darauf einen fundierten und informierten Entscheid für das eine oder andere Modell zu fällen. Leider erfüllte der Bericht unsere Erwartungen nicht. Er fokussierte sehr einseitig auf das Modell der öffentlich-rechtlichen Anstalt und hat den Möglichkeiten des Modells Dienstabteilung zu wenig Raum gegeben. Wir haben innerhalb der SP herausgeschält, was unsere Anforderungen an ein Stadtspital sind. Wir möchten eine hohe Versorgungsqualität für alle Menschen, gute Arbeitsbedingungen, eine demokratische Mitsprache, Steuerung und Aufsicht und ein zukunftsfähiges Stadtspital. Entlang dieser Anforderungen und mit den Modellen haben wir in der Fraktion intensiv diskutiert und sind zum klaren Entscheid gekommen, dass das Stadtspital in einer Dienstabteilung besser aufgehoben ist. Dr. Frank Rühli (FDP), wir möchten nicht das Steinzeitalter zementieren, sondern haben drei Hauptgründe. Erstens muss eine öffentlich-rechtliche Anstalt finanziell selbsttragend sein. Das ist im widrigen Umfeld, das die Bürgerlichen geschaffen haben, für ein Zentrumsspital nicht möglich. Zweitens verwässert ein Spitalrat die politische Verantwortung des Stadtrats. Man sieht das im Moment sehr gut beim Unispital, wo Regierungsrätin Natalie Rickli und die Unispitalleitung die Verantwortung hin und her schieben. Es wurde oft gesagt, man wolle mehr Fachkompetenz für strategische Entscheide. Der Stadtrat hätte die Möglichkeit, sich ein beratendes Gremium zur Seite zu stellen. Drittens ist es nicht gelungen, die SP abschliessend zu überzeugen, dass in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt die demokratische Mitbestimmung und Oberaufsicht durch den Gemeinderat nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Pro-Seite ging relativ unkritisch mit dem Bericht um. Ihr habt ihn gefeiert und frenetisch applaudiert, weil ihr das Gefühl hattet, diese Ausgliederung sei eine eierlegende Wollmilchsau. Ich erwarte auch von meinen Gegenspielerinnen und Gegenspielern, dass sie sich kritisch mit fundamentalen Entscheiden auseinandersetzen. Jetzt ist der demokratische Entscheid gefallen, dass das Stadtspital innerhalb einer Dienstabteilung bleibt und es geht darum, in diesem Rat wieder Anknüpfungspunkte zu finden. Diese haben wir, zum Beispiel bei der Finanzierung der städtischen Leistungen. Wir müssen schauen, dass sich diese in Zukunft nicht mehr auf die Fallkosten des Stadtspitals auswirken, die zentral sind für die Leistungsvergabe. Ich hoffe, dass wir gemeinsam eine Lösung entwickeln können, die auch innerhalb einer Dienstabteilung funktioniert.

David Ondraschek (Die Mitte): Zum Votum der Grünen: Die politischen Forderungen – seien sie von links, von der Mitte oder von rechts – können im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt weiterhin positioniert werden. Im Anstaltserlass definiert der Gemeinderat den strategischen Handlungsspielraum des Spitalrats. Die Behauptung, die Mitbestimmung seitens des Gemeinderats würde beschnitten, ist schlicht nicht haltbar. Zum Votum der SP: Ich teile die Argumentation, dass übergeordnete Herausforderungen im finanziellen Bereich vorhanden sind. Diese gilt es auch dort anzupacken. Daraus



Schlüsse auf die Rechtsform zu ziehen, erschliesst sich mir aber nicht direkt. Zum Votum der AL: Ein Scherbenhaufen ist nach heute schlicht nicht vorhanden. Einen solchen zu behaupten und in diesem Kontext indirekt den Kopf des zuständigen Stadtrats zu fordern, empfinde ich nach der langen Beratung in der Kommission als beschämend. Der Stadtrat hat seinen Bericht präsentiert und seine Schlüsse gezogen. Dass diese dem einen passen und dem anderen nicht, ist eine politische Realität. Auch die heutige Abstimmung schafft keinen Scherbenhaufen, sondern politische Fakten. Diese gilt es anzunehmen, auszuwerten und weiterzuarbeiten. Bei dieser Arbeit sind alle Fraktionen gefordert. Eine Spaltung in Gewinner und Verlierer bringt niemandem etwas.

Dr. Frank Rühli (FDP): *Es wurde eine sehr grundsätzliche Debatte über die Finanzierung im Gesundheitswesen geführt. Wenn Sie das Gesundheitswesen verändern wollen, wäre dies ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn Sie nicht einmal diesen Schritt schaffen, frage ich mich, wie Sie dann generell das «bürgerliche Gesundheitswesen» – was nicht meinem Verständnis entspricht – verändern wollen. Für mich sind es drei Kernproblematiken, die ein politisches Geschäft ausmachen. Erstens: Der Wunsch, die Exzellenz, Leistung und Entwicklung zu fördern. Zweitens: Die Erhöhung der Freiheitsgrade, also der Abbau der Bürokratie und die Möglichkeit, sich flexibel und dynamisch einer Situation anzupassen. Drittens: Eine Lösung zu schaffen, die langfristig funktioniert. Wenden Sie diese drei Kriterien auf diese Vorlage an. Für welche dieser Varianten passen sie besser? Es soll nicht genugtuend klingen, aber ich bin sicher, dass das Stadtspital als Dienstabteilung langfristig nicht funktionieren wird. Wir sprechen also über etwas, das bereits jetzt überholt ist. Ich glaube, es ist deshalb relativ klar, in welche Richtung man gehen müsste, wenn man sich für ein modernes, entwicklungsfähiges und vor allem anpassungsfähiges Gesundheitswesen und Stadtspital einsetzt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das Stadtspital ist ein Zentrumsspital, das sowohl für die Stadt als auch für den Kanton versorgungsrelevant ist. Es behandelt rund einen Drittel aller stationären Patientinnen und Patienten und mehr als die Hälfte aller Notfälle in Zürich. Wir haben mehr als 34 000 stationäre Patient*innen, rund 435 000 ambulante Besuche, mehr als 84 000 Notfälle, 2300 Geburten und erwirtschaften einen Ertrag von ungefähr 660 Millionen Franken. Nebst diesen hochstehenden medizinischen und pflegerischen Leistungen sind wir auch eine wichtige Arbeitgeberin und Ausbilderin. Mehr als 4400 engagierte Mitarbeiter*innen und mehr als 700 Auszubildende tragen mit ihrem Engagement zu dieser hervorragenden Positionierung des Stadtspitals bei. Das Stadtspital ist eine der grössten Dienstabteilungen in der Stadtverwaltung und ein eigentlicher Grossbetrieb. Bezüglich der Anzahl Mitarbeitende ist es ähnlich gross wie das Kantonsspital Winterthur. Aber auch wenn Sie es mit der Privatwirtschaft vergleichen, sind wir bezüglich der Mitarbeiterzahlen grösser als die TX Group oder die SIX Group. Das Stadtspital zählt zu den grössten Spitätern schweizweit und nimmt heute und in Zukunft*



eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung ein. Der Stadtrat ist sich dieser Verantwortung gegenüber der Bevölkerung sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst. Wir wollen eine langfristige, zukunftsfähige Lösung für das Stadtspital, die der Komplexität des Spitalbetriebs und der Dynamik des Gesundheitswesens gerecht werden kann. Dabei sollen die vorhandenen Risiken minimiert und das Stadtspital gegenüber anderen Spitälern nicht benachteiligt werden oder ins Hintertreffen geraten. Die Politik hat erkannt, dass es für das Stadtspital Lösungen braucht, um künftige Herausforderungen zu meistern. In den letzten Jahren wurden nebst dem Dringlichen Postulat weitere Vorstösse eingereicht. Der Stadtrat hat auf das Dringliche Postulat mit einem umfassenden Bericht geantwortet. Wir haben aufgezeigt, wie der Handlungsspielraum als Dienstabteilung erweitert werden könnte und wir haben aufgezeigt, was es bedeutet, das Stadtspital in eine öffentlich-rechtliche Anstalt auszugliedern. Zudem haben wir in der Kommission mehr als 170 Fragen zu beiden Varianten ausführlich und detailliert beantwortet. Dass dieser sachlich fundierte, juristische, neutrale Bericht und diese grosse Arbeit der Verwaltung ablehnend zur Kenntnis genommen werden soll, ist sehr befremdend. Das frustriert insbesondere all jene aus dem GUD, die sehr intensiv daran gearbeitet haben. Für den Stadtrat ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Zürich die absolut richtige Form. Den spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen eines Spitalbetriebs wird in den bestehenden Verwaltungsstrukturen und -abläufen viel zu wenig Rechnung getragen. Das Stadtspital ist mittlerweile schweizweit das einzige Spital, das in eine kommunale Verwaltung integriert ist. Das Stadtspital ist in mehreren Strukturen fest eingebunden: Auf der einen Seite haben wir den Bund und die Kantone, die die Gesetzgebung im Gesundheitsbereich bestimmen. Die Leistungsaufträge werden im Rahmen der Spitalliste vom Kanton vergeben. Ebenso festgelegt werden die Abgeltungen und Leistungen im ambulanten und stationären Bereich. Diesbezüglich hat das Stadtspital keinen Spielraum. Dieses Korsett an Vorgaben ist mit der klassischen Funktionsweise einer städtischen Dienstabteilung nur schwer in Einklang zu bringen und eine Herausforderung für einen Grossbetrieb wie das Stadtspital, das im Spitalmarkt bestehen muss und will. Die Verantwortung der strategischen Führung des Stadtspitals liegt tatsächlich grossmehrheitlich beim Vorsteher des GUD, das heisst, bei mir, einem politischen Vertreter. Ich übernehme diese Verantwortung sehr gerne. Aber die Konzentration auf eine einzelne Person entspricht in keiner Art und Weise branchenüblichen Führungsstrukturen. Sie entspricht auch in keiner Art und Weise Strukturen von Firmen aus anderen Branchen in dieser Grössenordnung. Das ist risikobehaftet. Die Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt professionalisiert die Führungsstruktur, schafft den nötigen Handlungsspielraum, vereinfacht Kooperationen und ermöglicht effizientere Entscheidungswege. Deshalb sind die Vorteile aus Sicht des Stadtrats sehr klar: Das Stadtspital bleibt im Eigentum der Stadt und die demokratische Mitbestimmung ist nach wie vor gesichert. Mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt haben wir eine bestmögliche Besetzung eines Führungsgremiums. Es gibt schnellere und kürzere Entscheidungswege, Kooperationen werden vereinfacht und die Transparenz der finanziellen Situation wird erhöht. Es zeichnet sich ab, dass die Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt heute keine Mehrheit finden wird. Der Stadtrat bedauert das sehr. Man ver-



passt die Chance, das Stadtspital für die Zukunft aufzustellen. Die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt hätte Klarheit geschaffen, indem im Anstaltserlass, aber auch in der Eigentümerstrategie die Einflussrechte und Aufsichtsinstrumente massgeschneidert hätten festgelegt werden können. Zudem hätte definiert werden können, für welche Entscheide die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zuständig sind. Ich werde weiterhin alles daran setzen, dass das Stadtspital so gut positioniert ist, wie es heute ist und dass es eine tragende Rolle in der städtischen und kantonalen Gesundheitsversorgung spielen wird. Wenn das aufgrund der fehlenden politischen Unterstützung nicht möglich sein wird, werden wir andere Wege finden müssen, wie wir im Rahmen einer bestehenden Dienstabteilung Ergänzungen oder zusätzlichen Freiraum umsetzen können. Mit Ihrem heutigen Entscheid machen Sie uns diesen Weg aber nicht einfacher, sondern steiniger. Wir sind in Zukunft gezwungen, ein Geflecht aus Sonderregelungen zu schaffen, Abläufe teilweise unnötig zu verkomplizieren und die Transparenz zu verschlechtern. Auch die unterschiedliche Behandlung von Dienstabteilungen in der Stadtverwaltung bringen verschiedenste Schwierigkeiten. Wir haben im Stadtrat entschieden, dass wir aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat auf die Erarbeitung einer Ausgliederungsvorlage verzichten. Wir haben entschieden, dass wir ein Projekt einer Dienstabteilung mit erweitertem Handlungsspielraum lancieren werden. Selbstverständlich stehen bereits verschiedene Ideen im Raum. Ich gehe davon aus, dass wir bald erste Ergebnisse präsentieren können. Diese Ergebnisse werden wir präsentieren können, weil wir mit Marc Widmer einen sehr engagierten Spitaldirektor haben und ausserdem eine sehr engagierte Spitalleitung sowie viele Spezialistinnen und Spezialisten im Spital und im Departementssekretariat. Das Stadtspital wird ein hervorragendes Zentrumsspital und eine attraktive Arbeitgeberin bleiben.

Marion Schmid (SP): *Dr. Frank Rühli (FDP), wenn du sagst, wir würden auf eine übergeordnete Ebene verweisen und es nicht einmal schaffen, hier einen Entscheid zu fällen: Es ist nun mal so, dass man auf kommunaler Ebene von kantonalen und nationalen Vorgaben abhängig ist und nicht umgekehrt. Wir müssen unser Verhalten und unsere politischen Entscheide auf die kantonalen und nationalen Rahmenbedingungen ausrichten. Weiter ist es nicht so, dass es allen Spitalern, die öffentlich-rechtliche Anstalten sind, super geht. Das Kantonsspital Aarau (KSA) hat beim Kanton eine Finanzspritze von 240 Millionen Franken beantragen müssen, weil es sonst Konkurs gegangen wäre. Moritz Bögli (AL), der behauptet wir stünden vor einem Scherbenhaufen, möchte ich dezidiert widersprechen. Ich bin der Meinung, dass das Ziel des Postulats erfüllt ist. Ich verstehe, dass der Stadtrat, der von Anfang an eine Ausgliederung wollte, enttäuscht ist. Aber das war genau die Idee der Auslegeordnung, dass nicht der Stadtrat mit einer Ausgliederungsweisung kommt, die der Gemeinderat nicht nur acht Monate, sondern wahrscheinlich zwei Jahre berät, um dann zu entscheiden, dass wir die Ausgliederung nicht wollen. Es war eine gute Diskussion und es ist gut, dass wir heute diesen Grundsatzentscheid fällen. Die Ausgliederung ist politisch nicht mehrheitsfähig. Wir können uns anderen, politisch mehrheitsfähigen Lösungen zuwenden. Ich bin deshalb froh, vom Stadtrat zu hören, dass er entschieden hat, keine Weisung zur Ausgliederung auszuarbeiten und andere Wege suchen will. Wir begrüssen das explizit.*



Tanja Maag Sturzenegger (AL): Ich bin froh, haben Vertreter*innen der SP ein paar Beispiele von Spitälern in einer anderen Rechtsform aufgezählt, denen es finanziell nicht besser geht. Das ist nicht erstaunlich in diesem System von nicht kostendeckenden Entgelten. Zum letzten Votum von Dr. Frank Rühli (FDP): Im Bericht wurde relativ wenig über die finanziellen Bedingungen gesagt, die eine Änderung der Rechtsform nach sich ziehen würde. Bei einer solchen Reorganisation sprechen wir von mehreren hundert Millionen Franken. Wenn dann die Geschäfte in Schieflage geraten wären, hätte man Massnahmen ergreifen müssen: entweder mit Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen. Wenn diese Massnahmen nicht greifen, muss Liquidität eingebracht werden, so wie das bei anderen Spitälern der Fall war. Das verstehe ich nicht unter Nachhaltigkeit. Den Schritt, den wir heute Abend verhindern konnten, wäre für uns kein Schritt in die richtige Richtung gewesen, sondern ein Schritt, um auf Versäumnisse des Staats zu reagieren. Eines dieser Versäumnisse kann man anhand der gemeinwirtschaftlichen Leistungen aufzeigen: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind bereits auf Bundesebene im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) so vage definiert, dass die Kantone ihren Spielraum sehr unterschiedlich auslegen. In der Deutschschweiz werden viel weniger gemeinwirtschaftliche Leistungen bezahlt als in der Westschweiz. Weil wir ein System haben, das nicht funktioniert, sind wir gezwungen, auf der kommunalen Ebene Lösungen zu suchen. Wir sehen diese Lösung auch in einer Dienstabteilung. Es gibt Wege, um auch in einer Dienstabteilung gemeinwirtschaftliche Leistungen zu finanzieren. Die AL will eine Gesundheitsversorgung, auch für Leute, die die Sprache nicht verstehen, eine Gesundheitsversorgung, die die seelische Ebene, Sozialhilfe und Seelsorge mitdenkt und gute Bedingungen für die Mitarbeitenden mitbringt. Wir sind bereit, weiter an Lösungen mitzudenken. Dr. David Garcia Nuñez (AL) fordert seit dem Jahr 2015 immer wieder, dass das Stadtspital seine gemeinwirtschaftlichen Leistungen genau definieren soll. Wir sind überzeugt, dass eine klare Abgrenzung und Transparenz zur Finanzierung dieser Leistungen in der Dienstabteilung möglich sind. Der Stadtrat muss zu dieser Auslegeordnung auch seinen Teil beitragen, und zwar differenzierter als dies in diesem Bericht der Fall war.

Florian Utz (SP): Von bürgerlicher Seite wurde oft betont, wie gross die demokratische Mitbestimmung auch bei einer Ausgliederung gewesen wäre. Schaut man die Zahlen, Daten und Fakten und die Antworten des Stadtrats zu dieser Frage an, zeigt sich ein anderes Bild. Der Stadtrat schreibt: «Bei der öffentlich-rechtlichen Anstalt gilt, dass der Erlass von Strategien eine Exekutivaufgabe ist. Diese Funktion darf nicht ausgehöhlt werden mit dem Anstaltserlass.» Das Versprechen, dass der Gemeinderat über die Strategie bestimmen wird, wäre bei einer Ausgliederung nicht eingelöst worden. Der Stadtrat sagt sehr transparent, dass dies so gewesen wäre. Deshalb ist es nicht die beste Idee, wenn heute von bürgerlicher Seite betont wird, wie viel der Gemeinderat hätte mitreden können. Aus den mündlichen Antworten in der Kommission ergibt sich dasselbe. Der Vorsteher des GUD sagte: «Man muss sich bewusst sein, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt so ausgestaltet sein muss, dass das Spital Handlungsspielraum hat, die strategische Führung liegt beim Spitalrat.» Mit anderen Worten: Die demokratische Steuerung



bei der Strategie, wie sie heute von bürgerlicher Seite angetönt wurde, hätte nach einer Ausgliederung nicht spielen können. Trotzdem hat die SP alles sehr genau angeschaut. Uns interessierte, wie ein möglicher Anstaltserlass aussehen würde. Auf diese Frage haben wir leider keine Antwort erhalten. Der Stadtrat war nicht bereit, dem Gemeinderat einen Entwurf vorzulegen. So funktioniert es natürlich nicht. Deshalb ist die SP froh, dass die Ausgliederung mit der heutigen Abstimmung vom Tisch sein wird. Wir sind froh, dass STR Andreas Hauri selber sehr klar deklariert hat, dass nicht mehr an einer Ausgliederung weitergearbeitet wird, sondern an einer Dienstabteilung mit geänderten Kompetenzen und Spielregeln. In diesem Punkt ist die SP offen für Diskussionen. Unser Punkt war es nie, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Auch wenn ich mit Genugtuung zur Kenntnis nehme, dass das Spital insgesamt gut funktioniert. Was uns wichtig ist, ist die demokratische Mitsprache durch den Gemeinderat und das Volk.

Sven Sobernheim (GLP): *Ich habe diese Debatte im Jahr 2016 schon einmal geführt, als es um das Elektrizitätswerk (ewz) ging. Auch damals haben Sie gesagt, dass Sie keine öffentlich-rechtliche Anstalt wollen, weil diese nicht nötig sei. Die Krücken, die wir dort geschaffen haben, sehen Sie heute. Wir stimmen viermal im Jahr über irgendwelche Rahmenkredite ab. Das ist also die demokratische Mitsprache, die Sie der Stimmbevölkerung heute versprechen, indem Sie sagen, STR Andreas Hauri habe gesagt, es gebe Lösungen. Diese Lösungen sind Krücken, nichts anderes. Wenn Sie das Stadtspital als Leuchtturm bezeichnen, stellen sie noch hundert Stützen dazu, dann haben Sie das Bild, das Sie in den nächsten Jahren erschaffen werden. Mich triggern die unterirdischen Voten, die ich mir heute anhören musste. Moritz Bögli (AL) findet, STR Andreas Hauri müsse gehen und das Departement wechseln. Es ist unglaublich, wie Sie in diesem Rat behaupten können, die Stimmbevölkerung könne strategische Entscheide zum Stadtspital treffen. Die letzte Volksabstimmung über das Stadtspital war jene zum Bettenhaus – und da war der Spitalmarkt noch ein völlig anderer. Es ist absurd, wenn Sie der Stimmbevölkerung heute mehr Mitsprache versprechen und danach sagen, lieber STR Andreas Hauri, ändere die Gemeindeordnung so, dass wir dir alle Kompetenzen geben können, damit du mit deinem Fachgremium die Probleme lösen kannst. Der Gemeinderat hätte den Rahmen festlegen sollen, die Strategie wird durch den Spitalrat umgesetzt. Auch ein Verwaltungsrat entscheidet nur auf dieser Ebene. Aber ich habe langsam das Gefühl, wenn Sie wünschen könnten, würden Sie am liebsten die Chefärzte direkt dem Gemeinderat unterstellen und bei jedem entscheiden, ob er die Operation durchführen soll oder nicht. Diese Operation am offenen Herzen werden wir in den nächsten Jahren beobachten können. Ich habe Angst davor.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die heutige Abstimmung über den Bericht zur Spitalauslagerung ist ein bedeutender Moment für meine Partei und für mich. Ich erinnere mich an unsere erste Fraktionserklärung zur Frage der Spitalrechtsform vor sechs Jahren, die von praktisch allen in diesem Rat ignoriert wurde. Bei unseren späteren Interventionen hat man versucht, uns als Klassenkämpfer*innen lächerlich zu machen. Irgendwann kam dann doch die Zeit, wo man sich von rechts und links mit unseren Argumenten aus-*



einandersetzte und uns politisch bekämpft hat. Nun ist der Tag da, an dem wir gewinnen. Der langjährige Albtraum der Spitalauslagerung findet heute sein Ende. Unsere scharfe Analyse und Hartnäckigkeit haben sich bewährt. Auf die Historie des gescheiterten Berichts gehe ich nach den Stimmen von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) nicht mehr ein. Aber ich möchte über das «Lemming-Argument» sprechen. Wir haben heute gehört, dass das Stadtspital in der Spitallandschaft eine Ausnahme sei und alle anderen Häuser den Auslagerungsschritt schon längst vollzogen hätten. Das Spital werde dadurch dynamischer, effizienter und auch schneller. Kurz: Wie Lemminge vor der Steilküste, soll man die Augen und Ohren verschliessen, das Hirn ausschalten und in die Freiheit des neoliberalisierten Gesundheitsmarkts springen. Erstaunlich ist diese Position, weil praktisch alle Spitäler, die diesen Weg der Auslagerung gegangen sind und nun von «super kompetenten» Verwaltungsräten geführt werden, früher oder später bei der öffentlichen Hand anklopfen, um ihre Finanzlöcher zu stopfen. Das Kantonsspital Luzern hat ein grosses Loch von 53 Millionen Franken in der Kasse. Das Kantonsspital Aarau brauchte 240 Millionen Franken, um den Konkurs abzuwenden. Das Spital Oberengadin hat ein Loch von 5 Millionen Franken in der Kasse. Die St. Galler Spitäler schreiben einen Verlust von 53 Millionen Franken. Im Kanton Bern muss die Regierung 100 Millionen Franken ausgeben, um die ausgelagerten Listenspitäler zu retten. Das Spital Uster wurde gerade kürzlich mit 40 Millionen Franken reanimiert. Die ausgelagerten Universitätsspitäler haben im Mai 2023 eine gemeinsame Pressekonferenz organisiert, um vor ihrem finanziellen Kollaps zu warnen. Über die Governance-Probleme des Universitätsspitals Zürich (USZ) müssen wir gar nicht sprechen. Was Sie nirgends finden, ist eine Liste von Rücktritten jener Politiker*innen, die ausgelagert und inkompetente Verwaltungsräte eingesetzt haben. Wenn das Eigenkapital nicht mehr reicht, kommen alle Verwaltungsräte reuig daher und möchten, dass die Allgemeinheit finanziell für ihre Entscheidungen aufkommt. Genau das wünschen Sie sich auch für unser Spital. Eine Verbesserung von tatsächlichen Kompetenzen, für die am Schluss aber immer dieselben zahlen müssen. Die AL lehnt das ab. Wenn wir bezahlen, wollen wir auch wissen, wofür wir bezahlen. Selbstverständlich ist es das Recht des Stadtrats, eine Strategie für das Stadtspital festzulegen. Es ist aber auch seine Pflicht, die Wünsche der Bevölkerung, die wir alle repräsentieren, ernst zu nehmen.

Lisa Diggelmann (SP): Die FDP hat am Anfang gesagt, es sei eine sehr fundierte Analyse gemacht worden und der Bericht sei sehr umfassend. Ich habe meine Fragezeichen, wenn die Kommission 170 Fragen einreichen muss, um Antworten zu erhalten, was genau geplant ist. Wenn man da von einer fundierten Analyse spricht, hat man noch Nachholbedarf. Was mich auch sehr erstaunt hat, war, dass STR Andreas Hauri als armer STR Andreas Hauri bezeichnet wurde, der die alleinige Verantwortung für das Stadtspital trägt. STR Daniel Leupi hat auch die alleinige Verantwortung für das Budget der Stadt Zürich. Wenn ich in diesen Raum schaue, möchte ich gerne fragen, wie viele Personen jemanden kennen, der im Spitalrat des Unispitals sitzt. Ich sehe keine Hände. Und das ist das Problem. Wenn wir einen Spitalrat einführen, dann ist die demokratische Legitimation überhaupt nicht gegeben, weil niemand jemanden kennt, der in die-



19 / 21

sem Rat sitzt. Wer trägt dann die Verantwortung? STR Andreas Hauri kann dann vielleicht sagen, der Spitalrat habe entschieden. Ich habe meine Fragezeichen zu diesem Spitalrat. Es wird gesagt, dass ein Spital schnell handeln und entscheiden müsse. Im Jahr 2019 hat der Spitalrat des Unispitals elf Sitzungen abgehalten. Ich glaube, die Spezialkommission des Gesundheits- und Umweltdepartements (SK GUD) tagt im Zweiwochenrhythmus und der Gemeinderat tagt im Wochenrhythmus. In den Antworten auf die 170 Fragen hiess es oft, es sei nicht möglich, das alles in einer Dienstabteilung PLUS zu regeln. Heute hat der Stadtrat gesagt, dass man dort Möglichkeiten ausloten könne. Das freut mich sehr. Aber es hat mich sehr erstaunt, dass es in der Debatte immer hiess, es gehe nicht. Das zeigt, dass das Ziel des Stadtrats diese Ausgliederung war. Lieber Stadtrat, ich glaube da habt ihr euch verpökert. Der Ball liegt jetzt beim Stadtrat. Die Stelle für die Abklärungen wurde mit dem Budget bewilligt.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. ~~Vom~~Der Bericht gemäss Beilage zum Dringlichen Postulat betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen (GR Nr. 2021/404) vom 9. Mai 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Deborah Wettstein (FDP); David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Thomas Hofstetter (FDP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP)

Minderheit: Referat: Julia Hofstetter (Grüne); Marion Schmid (SP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 53 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.



20 / 21

Mehrheit: Referat: David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Thomas Hofstetter (FDP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Minderheit: Referat: Julia Hofstetter (Grüne); Marion Schmid (SP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 53 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 wird über die bereinigte Dispositivziffer 1 abgestimmt.

Der Rat stimmt der bereinigten Dispositivziffer 1 mit 62 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3 (Streichung) entfällt die Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3.

Damit ist beschlossen:

1. Der Bericht gemäss Beilage zum Dringlichen Postulat betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtpital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen (GR Nr. 2021/404) vom 9. Mai 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.



21 / 21

2. Das Dringliche Postulat, GR Nr. 2021/404, von den Fraktionen SP, Grüne und der Parlamentsgruppe EVP vom 6. Oktober 2021 betreffend grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. April 2024

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat